

Stellungnahme der LAG FW zum Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/4584 „Damit alle einsteigen können: NRW braucht kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche sowie ein echtes Solidarticket“

Die LAG FW NRW stellt seit Jahren fest, dass die im Regelsatz vorhandenen Pauschale für öffentliche Verkehrsmittel und generelle Mobilität zu niedrig ist.

Die Forderungen nach einer Aufstockung der im Landeshaushalt vorgesehenen Mittel von 40 Millionen Euro für ein bezahlbares Sozialticket hat bisher keinen Erfolg gezeigt.

Auch in diesem Jahr wurde festgestellt:

„Dieser Betrag ist nicht ausreichend, um hieraus ein Sozialticket zu fördern, welches für Menschen im Leistungsbezug oder mit geringem Einkommen bezahlbar ist. Hinzukommt, dass der im Regelsatz zur Verfügung gestellte Pauschalbetrag von 45,02 Euro nicht ausreicht, um das Deutschlandticket in Höhe von 49 Euro zu bezahlen. Festzustellen ist auch, dass einige Kommunen in NRW bzw. andere Bundesländer das Ticket auch schon für 31 Euro oder günstiger als Sozialticket anbieten.“¹

Weshalb es dem größten Bundesland nicht gelingt, die Tarife zu vereinheitlichen und einen Sozialticketpreis von 29 Euro zu ermöglichen, ist nicht nachzuvollziehen. Darüber hinaus muss gewährleistet werden, dass Tickets und ABOs freiverkäuflich sind und bleiben, damit Menschen mit geringem Einkommen, Menschen mit negativem Schufa-Eintrag oder Menschen ohne Konto Mobilität ermöglicht werden kann.

Die Forderungen im Antrag der SPD:

- mit dem Bundesverkehrsminister unverzüglich in Gespräche einzutreten, um die Versorgung von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren mit kostenfreien Deutschland-Tickets zu ermöglichen.
- sich in Gesprächen mit dem Bundesverkehrsminister und den anderen Bundesländern dafür einzusetzen, dass für Studierende eine bundesweite Lösung gefunden wird, um das bewährte Solidarmodell auf die neuen Begebenheiten anzupassen und so eine stark vergünstigte bundesweite Mobilität für Studierende zu gewährleisten.
- ein Solidarticket für Empfänger und Empfängerinnen von Sozialhilfeleistungen für den Endpreis von 29 € im Monat sowohl in digitaler, als auch analoger Form, bereitzustellen.
- dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunen als Träger des öffentlichen Personennahverkehrs sowie als Schulträger langfristige Planungssicherheit erhalten und eine Finanzierung nicht zu Lasten der Kommunen geht.

werden von der LAG FW NRW unterstützt.

Allen Kindern, Jugendlichen muss kostengünstig ermöglicht werden von A nach B zu kommen. Es muss möglich sein, an Bildungs- oder kulturellen Veranstaltungen teilzunehmen. Dies darf nicht dadurch gestoppt sein, dass kein Bus- oder Bahnticket vorhanden ist.

¹ Stellungnahme der LAG FW NRW zum Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/5000 - Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses am 19.10.2023

Freie Wohlfahrtspflege NRW

Darüber hinaus ist es notwendig Menschen, mit geringem Einkommen eine kostengünstige Beförderung zur Verfügung zu stellen, damit diese zum Arzt, zu Behörden oder zur Arbeit kommen können sowie Freunde besuchen oder auch ehrenamtlichen Tätigkeiten nachgehen können. Ein kostengünstiger Tarif in Form eines Sozialtickets für 29 Euro würde dem Anspruch einer Sicherung des Existenzminimums gerecht.

Köln, den 31.10.2023